

Ortsverwaltung Gonsenheim
Ortsvorsteher Herr Josef Aron
Rathaus
55124 Mainz

Mainz, den 16.03.2025

**Antrag der FDP-Gonsenheim zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Gonsenheim am
25.03.2025**

Keine neuen Fahrradstraßen in Gonsenheim

Antrag:

Der Ortsbeirat Gonsenheim spricht sich gegen die Ausweisung weiterer Straßen im Stadtteil Gonsenheim als Fahrradstraßen aus. Die Stadtverwaltung wird stattdessen aufgefordert, bestehende und bereits sichere Radverbindungen, insbesondere die Schulstraße, im Sinne aller Verkehrsteilnehmer weiter zu optimieren und auszubauen, ohne dabei Parkraum oder die Erreichbarkeit für Anwohner und Gewerbetreibende einzuschränken.

Begründung:

In Gonsenheim besteht bereits ein erheblicher Parkdruck, insbesondere im Umfeld der Breite Straße sowie in angrenzenden Wohngebieten wie der Elsa-Brändström-Straße. Eine Umwidmung weiterer Straßen zu Fahrradstraßen hätte zur Folge, dass dringend benötigter Parkraum entfallen würde und zusätzliche Halteverbote eingerichtet werden müssten. Dies würde insbesondere Anwohner, ortsansässige Betriebe und deren Kunden erheblich beeinträchtigen.

Die betreffenden Straßen, insbesondere die Gerhart-Hauptmann-Straße und die Nerotalstraße, weisen bereits durch ihre verkehrsberuhigte Gestaltung und schmalen Fahrbahnen ein hohes Maß an Sicherheit für den Radverkehr auf. Eine Umwandlung in Fahrradstraßen würde hier keinen spürbaren Sicherheitsgewinn erzielen, sondern vielmehr neue Nutzungskonflikte schaffen und den Parkdruck in benachbarte Wohngebiete verlagern.

Eine sinnvolle und zielgerichtete Alternative ist die Optimierung der bestehenden Schulstraße. Diese wird bereits heute als sichere und gut genutzte Radverbindung wahrgenommen. Durch gezielte Maßnahmen, wie der Entfernung von Schwellen oder einer verbesserten Beschilderung, kann die Schulstraße weiter aufgewertet werden, ohne dabei zusätzlichen Parkraum zu verlieren oder die Erreichbarkeit von Anwohnern, Einzelhandel und sozialen Einrichtungen einzuschränken.

Gonsenheim braucht keine neuen Fahrradstraßen auf Kosten der Anwohner und Gewerbetreibenden. Es bedarf vielmehr eines ausgewogenen Ansatzes, der die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt.

Nikolai Groben
FDP-Gonsenheim